

Polendebatte im Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 19. Januar 1917.

Am Ministerisch: Brettenbach, Venze, Voßell, Troitz zu Solz, Frhr. v. Schorlemer.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Korfanty (Polen): Die polnische Nation hat zweifellos die Grenzen der christlichen Gestirnung und der abendländischen Kultur viele Hunderte von Kilometern nach Osten hinausgeschoben. Das gibt dieser Nation, die wie keine andere in der Vergangenheit gelitten hat, Recht auf die Zukunft. Auch in diesem Weltkriege haben die Polen ihre volle Schuldigkeit getan. Um so unangenehmer mußten es die Polen empfinden, daß nicht nur keine Dankbarkeit den Polen gezollt wurde, sondern daß man die Polen teils als *quantité négligeable*, teils als halbe Barbarenation behandelt hat. Das mußte verlegend wirken und politische Proteste auslösen. Man darf doch nicht übersehen, daß das Königreich Polen zum Schauplatz dieses verheerenden Krieges geworden ist, daß Polen in allen kriegsführenden Ländern wohnt und daß der Vater gegen den Sohn, der Bruder gegen den Bruder, der Freund gegen den Freund kämpfte. Ueber die Haltung der preussischen Polen sind keine Klagen laut geworden. Unter dem ersten Eindruck des Krieges hat die Regierung deshalb auch eine Aenderung der bisherigen Polenpolitik versprochen. Wir haben diesem Versprechen zunächst auch geglaubt. Aber bald zeigte sich, daß wir damals zu optimistisch gedacht haben. Jetzt sind 2½ Jahre verfloßen und nichts ist inzwischen geschehen, als daß für die Zeit nach dem Krieg Erwägungen über eine Aenderung der Polenpolitik zugesagt worden sind. Damit können wir uns natürlich nicht zufrieden geben.

Polnisches Mißtrauen.

Ich bin beauftragt, dem Mißtrauen meiner Fraktion gegen die jetzige Politik der Regierung energisch Ausdruck zu geben. (Sehr wahr! bei den Polen.) Nicht einmal zu der Auffassung des Abg. v. Kardorff hat sich die Staatsregierung bisher durchgerungen, obwohl das, was der Abg. v. Kardorff uns zugestehen will — Religionsunterricht in der Muttersprache und vorübergehende Nichtanwendung des Einbürgerungsgesetzes — unsere nationalen Wünsche bei weitem nicht erfüllt. Wir verlangen volle nationale Gleichberechtigung. (Beifall bei den Polen.) Die Regierung entschuldigt ihre Untätigkeit mit dem Burgfrieden. Wo ist der Burgfrieden geblieben? Überall herrscht der politische Kampf. Es dient im höheren Sinne dem wahren Burgfrieden, wenn altes Unrecht gesühnt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seit 2½ Jahren fließt polnisches Blut für deutsche Kriegsziele. Aber die Polen bleiben entrechtet, bleiben Bürger zweiter Klasse, denn die Ausnahmegebung gegen sie wird weiter gehandhabt. Als im Reichstag versucht wurde, bei der Novelle zum Reichsverfassungsgesetz den Sprachenparagrafen zu beseitigen, ließ die Regierung ein „Unannahmbar“ erklären. (Hört! Hört! links.) Und wenn einmal ein entgegenkommender Erlass der Zentralbehörden erfolgt, bleibt er von den Lokalbehörden unausgeführt. (Hört! Hört! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Das muß aufreißend wirken. Polnische Frauen, die gemeinsam für den deutschen Sieg beteten und fromme Lieder sangen, wurden auseinander getrieben, angeblich, weil sie eine öffentliche Versammlung veranstaltet haben, die nicht angemeldet war. (Hört! bei den Polen.) Man sollte sich wirklich dieser Dinge schämen. Alle polenfeindlichen Positionen sind auch im neuen Etat enthalten. Die Erfahrungen von 2½ Jahren Weltkrieg haben weder die Regierung, noch den polenfeindlichen Mehrheitsblock zu einem Entgegenkommen veranlaßt. Bei der letzten Polendebatte sprach der Minister von „polnisch sprechenden Preußen.“ Sie sprechen niemals von deutschsprechenden Ungarn oder deutschsprechenden Russen, sondern immer nur von den Deutschen in Ungarn und den Deutschen in Rußland. Warum sprechen Sie dann nicht auch von den Polen in Preußen? (Sehr gut! bei den Polen.) Wie können wir Vertrauen zur preussischen Regierung haben, die uns niemals wie ihre Kinder behandelte? Wir haben tiefstes Mißtrauen und legen schärfsten Protest ein gegen die fortbauende Unterdrückung unserer Nationalität. Mit Versprechungen geben wir uns nicht mehr zufrieden, wir verlangen Taten. Bis dahin aber vertrauen wir auf unsere eigene Kraft. (Beifall bei den Polen.)

Gegen polnische Undankbarkeit.

Minister des Innern von Voßell: Wenn der Vorredner seinen Stammesgenossen nutzen wollte, so hat er seinen Zweck nicht erreicht. Ich habe am 20. November im Auftrage der Regierung hier erklärt, daß unsere Entschlüsse von Wohlwollen gegen unsere polnischsprechende Bevölkerung getragen sein werden. Ich nehme nichts davon zurück, betone aber, daß, je vorurteilsloser die preussischen Untertanen polnischer Zunge sich auf den Boden des preussischen Staates stellen und sich als preussische Staatsbürger fühlen, es den Mehrheitsparteien in der Regierung erleichtert werden wird, die Wege einzuschlagen, die zu einer Verständigung führen. Meine damalige Erklärung war durchaus entgegenkommend und war in verständlichem Sinne gehalten. (Sehr richtig!) Aber wie war die Antwort der Polen? Die Antwort war nicht nur kühl und ablehnend, sondern sie enthielt nicht ein einziges Wort des Dankes für die großherzige Tat der beiden Kaiser, die den Polen politische Freiheit gebracht hatten. Dazu kommt nun die heutige Rede des Vorredners. Er sagt, die Regierung mache sich den Burgfrieden zunutze und lehne unter seinem Schutz jede Neuorientierung ab. Entsprach die Rede des Abg. Korfanty auch nur den bescheidensten Ansprüchen an einen Burgfrieden? Er hat Anklagen erhoben, wie wir sie hier während der schärfsten politischen Kämpfe haben hören müssen. (Sehr richtig!) Auch er hat kein Wort des Dankes und der Anerkennung für das übrig gehabt, was im letzten Jahre geschehen ist. (Unruhe bei den Polen.) Die Verwaltung hat sich die größte Mühe gegeben, um einen Kampf innerhalb unserer Grenzen zwischen Preußen und Polen zu vermeiden. (Zuruf bei den Polen und bei den Soz.: Und die Etatspositionen?) Mit großer Enttäuschung hat der Vorredner eine Fülle von Handlungen vorgetragen, durch die sich seine Stammesgenossen verletzt fühlen. Angesichts dieser Klagen über Vergewaltigung und Drangsalterung ist es doch wunderbar, daß solche Beschwerden an die Zentralinstanz nicht gelangt sind. (Hört! Hört! rechts und bei den Natl.) Der Vorredner sagte, die preussische Regierung habe die Polen nie wie ihre Kinder behandelt. (Sehr richtig! bei den Polen.) Nun, was ist denn aus der Provinz Polen geworden? Wie hat sie sich entwickelt unter preussischer Verwaltung? (Sehr gut! rechts und bei den Natl.) Sie (zu den Polen) sind den preussischen Königen zu hohem Danke verpflichtet, die in dieser Weise für Sie gesorgt haben. Statt dessen haben Sie nur schönsten Dank bereitet. (Unruhe bei den Polen.) Sie sollten noch heute Gott auf den Knien danken, daß Sie zu einer solchen Entwicklung gekommen sind. (Wiederholter Beifall bei der Mehrheit.) Die polnische Fraktion aber hat nur schärfsten Mißtrauen gegen die Regierung. Wenn Sie so voll Mißtrauen gegen uns erfüllt sind, dann können Sie es der Regierung auch nicht verdenken, wenn sie ihrerseits mit der Darbietung des vollen Vertrauens sehr vorsichtig ist. (Sehr richtig! rechts und bei der Natl. — Zurufe bei den Polen.) Sie können doch nicht erwarten, daß, wenn solche Reden wirklich dem Empfänger Ihrer Stammesgenossen entsprechen, die Regierung ganz ohne Rücksicht auf solche Ausführungen Ihnen volles Vertrauen entgegenbringen kann. (Lebh. Zust. bei der Mehrheit.) Das kann keine Regierung tun, die sich ihrer Pflicht vor dem Lande bewußt ist. Der Abg. Korfanty sagte, der Burgfrieden habe ja längst aufgehört. Ich denke anders. Die gestrige Sitzung hat den Beweis

gegeben, daß der Vorredner nicht recht hat. Die Geschlossenheit des deutschen Volkes kann durch solche bedauerlichen Einzelerklärungen nicht gestört werden. (Beifall.)

„Die Regierung ist auf dem Posten gegenüber den Polen.“

Herr Korfanty, hinter Ihnen steht nur eine sehr geringe Zahl von Gesinnungsfreunden, und diese kleine Zahl ist nicht imstande, den unbedingten Siegeswillen im deutschen Volke irgendwie zu lähmen. (Lebh. Beifall.) Der Vorredner hat gesagt, polnisches Blut fließt für deutsche Kriegsziele, aber die Polen bleiben Staatsbürger zweiter Klasse. Er scheint demnach einen Unterschied zu machen zwischen deutschen und polnischen Interessen. Die Mitglieder der polnischen Fraktion sind Polen und Deutsche und für Deutschland kämpfen wir alle, auch die Landsleute des Vorredners. (Lebh. Beifall.) Einen Unterschied zu machen zwischen polnischen und deutschen Interessen hier im Inland ist unmöglich und ungehörig. (Erneuter Beifall. — Zurufe bei den Polen und bei den Soz.: Der Etat macht Unterschiede!) Ich bedauere, daß eine so scharfe Zurückweisung notwendig war. Aber die Rede des Abg. Korfanty durfte nicht ins Land gehen, ohne daß die Regierung zeigte, daß sie die Konsequenzen aus einer solchen Rede ziehen will und ziehen muß, daß sie auf dem Posten ist und die Maßnahmen ergreifen wird, die nach solchen Ausführungen sich als notwendig ergeben. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Die Antwortnote unserer Gegner zeigt, daß sie den Krieg als Eroberungskrieg fortsetzen wollen. Da gibt es für einen Deutschen kein Ja und ein Nein und Schwanken mehr, da es nur dazu dient, den Krieg zu verlängern. Unser Wunsch ist aber, den Krieg nach Möglichkeit abzukürzen. Gegen die Haltung des Hauses in der U-Boot-Frage müssen wir Protest erheben. Hierfür ist nicht das Abgeordnetenhaus, sondern nur der Reichstag zuständig. Allerdings, wenn er so weittragende Beschlüsse fassen will, muß er sich auch mit den Völkern genau vertraut machen. Auf den blauen Dunst hin kann er sich nicht entscheiden. (Sehr richtig! links.)

Der Lebensmittelmacher muß nicht nur in den Kreisen der Arbeiter, sondern auch in den Kreisen der Verbraucher energisch bekämpft werden. Wer über die nötigen Geldmittel verfügt, kann auch heute noch im Ueberflusse leben. Ueber das Kriegs-ernährungsamt möchte ich kein Wort verlieren. Was nützt es uns, immer auf das Ausland hinzuweisen, wo es noch schlechter ist, als bei uns?

Dadurch werden unsere Ernährungsverhältnisse nicht besser.

Wir beschränken uns nicht auf die Forderung des allgemeinen, geheimen, gleichen, direkten Wahlrechts, sondern verlangen auch das Wahlrecht für die Frauen. Das ist nur eine selbstverständliche Folgerung aus ihren auch vom Regierungstisch anerkannten Leistungen in diesem Kriege.

Die Aussprache schließt.